

**Erscheinung**  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstag,  
Donnerstag und  
Sonntagabend.

**Inserate:**  
Für den Raum  
einer  
Kleinspalt-Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den  
**Gerichtsamtbezirk Eibenstock**  
und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährlich  
1 M. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

**Dieses Blatt**  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

## E r l a ß.

Die Herren Bürgermeister zu Aue, Grünhain und Johannegeorgenstadt, sowie die Herren Gemeindevorstände im Verwaltungsbezirk der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg werden hiermit veranlaßt, unter Benützung der ihnen zu gehenden Formulare darüber Anzeige anher zu erstatten, wie viel Straffälle im Jahre 1875 bei ihnen

- durch Strafverfügung erledigt,
- wie viele in Folge von Widerspruch gegen die vorläufige Strafverfügung an die Gerichte abgegeben worden und
- wie viele, ohne Erlaß einer Strafverfügung, sofort den Gerichten zur Erledigung überwiesen worden sind.

Der diesfalligen Anzeige wird bis

zum 10. Juni 1876

entgegengesehen.

Schwarzenberg, am 6. Mai 1876.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Bodel.

### Die Lage in Spanien.

Die Madrider Regierung lebt jetzt bekanntlich im Streite mit dem Vatikan. Dafür, daß der Papst während der carlistischen Insurrektion Don Alfonso nicht verließ und seine Unterstützung nicht ausschließlich Don Carlos zugewendet, hatte ihm die Regierung das Versprechen gegeben, nach Besiegung des Aufstandes das Concordat von 1851 wieder einführen zu wollen. Der Carlismus ist nun zwar besiegt, das Cabinet des Herrn Canovas del Castillo aber scheint erst jetzt die ganze Tragweite jenes Versprechens zu erkennen. Es hat den Cortes bekanntlich einen Verfassungsentwurf unterbreitet, dessen Art. 11 die Kulturfreiheit und nicht katholischen Confessionen auch die Unterrichtsfreiheit gewährt, wenn auch mit der Einschränkung, daß Nichtkatholiken keine öffentlichen religiösen Professionen vornehmen dürfen. Zu diesem Artikel hat sich die Regierung entschließen zu müssen geglaubt, um den Radikalen und Liberalen keine Agitationswaffe zu bieten und um die Beziehungen zu den übrigen Mächten nicht zu trüben, also aus Gründen der Selbst-erhaltung. Das Concordat von 1851 enthält als wesentliche Bestimmung die, daß die römisch-katholische Religion für ganz Spanien die einzige sei. Der heilige Vater besteht vor Allem auf diesem Punkte, die übrigen Feststellungen jenes Concordats sind ihm gleichgültiger, während die Regierung die Letzteren gerne alle wieder in Kraft setzen würde, wenn Pius IX. nur auf die Religionseinheit verzichten, resp. den § 11 des Verfassungsentwurfes gutheissen wollte. Die Verhandlungen über diese Angelegenheiten dauern nun schon seit Monaten, ohne daß man auch einen Schritt auf dem Wege der Einigung vorwärts gethan hätte. Was das Ende vom Liede sein wird, steht noch dahin; ein Bruch zwischen dem Vatikan und Spanien liegt nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, obgleich die Königin Isabella dem Papste ihre Vermittlerrolle in dieser Affaire angeboten hat, die nicht bloß ihr, sondern auch ihrem königlichen Sohne und den Ministern nicht wenig Sorge macht.

Die alfonisistische Regierung hat aber auch noch nach verschiedenen andern Richtungen hin mit Hindernissen, Schwierigkeiten und Mißständen zu kämpfen, die ihre Lage zu einer keineswegs beneidenswerthen machen. Von dem noch immer kein Ende absehenden Aufstande auf Cuba, der Spaniens Gut und Blut verfrachtet, wollen wir gar nicht reden. Im Innern Spaniens hebt die revolutionäre isabellinische Partei täglich ihr Haupt höher, um dem Bischof Liberalismus des Herrn Canovas den Garau zu machen und Spanien wieder dahin zu führen, wo es 1867 stand. Diese Partei hat großen Anhang in der Armee, und der befähigste und ruhmreichste General derselben, Martinez Campos, gehört ihr an. Vor diesem in Volk und Heer populären, schlauen und ehrgeizigen Mann haben nun die Alfonsoisten eine gewaltige Furcht, umso mehr, als die Königin Isabella demnächst nach Spanien zurückkehren wird. Canovas und Consorten fürchten, nach deren Rückkehr durch ein von Martinez Campos geleitetes Pronunciamento zu Gunsten der Heimgekehrten ebenso überrascht zu werden, wie vor nicht viel mehr als einem Jahre die Regierung des Marschalls Serrano von den Alfonsoisten überrumpelt worden war. Die Regierung beschloß deshalb, den verdächtigen General nach Cuba zu versetzen und ihn so unschädlich zu machen. Ob sich dies Campos gefallen läßt, bleibt abzuwarten. Die Königin soll aber bereits in einem Briefe an den König Alfonso gegen diese Versetzung protestirt haben und auch die Schwester Alfonso's,

die Gräfin v. Girgenti, soll ihn drängen, derselben seine Zustimmung nicht zu erteilen. Das Damoklesschwert des isabellinischen Pronunciamento's hat sonach auch ferner Aussicht, über dem Haupte des Cabinets Canovas zu schweben.

Außerdem machen der Madrider Regierung jetzt auch die Basken viel zu schaffen, trotz der Besiegung des Carlismus. Die baskischen Provinzen sind die fleißigsten und blühendsten Spaniens und genießen verschiedene aus alten Zeiten stammende Vorrechte, genannt Fueros, die darin bestehen, daß die Bewohner derselben von der Militärdienst- und der Steuerpflicht befreit sind, daß ihre aus den selbst gewählten Gemeindevorständen, (Ayuntamientos) hervorgegangenen Provinzialvertretungen (Juntas) alle Behörden selbst einsetzen, welche Letztere durch königl. Beamte nur controlirt werden. Die Regierung geht nun damit um, diese Fueros aufzuheben und die Rechte und Pflichten aller spanischen Provinzen gleichzustellen. Diese Absicht hat aber in dem Baskenlande eine ungeheuerere Aufregung hervorgerufen. Nicht nur die carlistischen, sondern auch die liberalen Volkselemente, die selbst unter Don Carlos Schreckensherrschaft treu zur Madrider Regierung gestanden haben, sind auf's Aeußerste entrüstet. Sie haben beschlossen, jenem Vorhaben den energischsten Widerstand entgegenzusetzen. Sie drohen, daß, wenn ihre Sonderrechte geschmälert werden sollten, sie die erste Gelegenheit ergreifen würden, sich von Spanien loszusagen, und sich unter fremdem Schutze unabhängig zu machen. Ihre freiwillige Volkswehr (Miquelets) wollen sie im Kriegsfall dem gemeinsamen Vaterlande zu Diensten stellen, auch eine „mäßige“ Besteuer zu den Staatslasten übernehmen. Zu mehr aber wollen sie sich in keinem Falle verstehen. Die Regierung kann jedoch auf diese Opposition keine Rücksicht nehmen, da der übrige Theil des spanischen Volkes die Aufhebung der Fueros energisch verlangt und die Finanzlage des Staates der Art ist, daß sie auf die ganze gehörige Herbeiziehung jener reichsten Provinzen des Landes zur Deckung der Staatsbedürfnisse unter keinen Umständen verzichten kann. Sie wird auf Grund eines Cortesbeschlusses dem Baskenlande mit Waffengewalt die Vorrechte entreißen müssen; sie wird diese Aufgabe wohl zu lösen wissen; allein der Alfonsoismus wird sich dadurch die Basken zu unverföhllichen Feinden machen, die sich mit jedem Gegner desselben, der ihnen das Versprechen der Wiederherstellung der Fueros gibt, verbünden werden.

Die schlimmste Seite des heutigen Spanien aber ist die finanzielle. Der Finanzminister Salaverria stattete der Kammer soeben Bericht ab über die Finanzlage. Danach ist dieselbe nicht besser als diejenige der Türkei, hat auch Spanien den Staatsbankerott erklärt. Salaverria sagte: Spanien sei außer Stande, sofort die unverfüzte Zinszahlung der Staatsschuld wieder aufzunehmen. Erst vom 1. Januar 1877 ab soll wieder ein Drittel der Zinsen und vom 1. Juli 1889 ab an die Hälfte gezahlt werden. Und erst nach vielen späteren Jahren, wenn die Staatsschuld bis zu einer gewissen Höhe amortisirt worden, soll volle Zinszahlung wieder eintreten. Daß dieser glückliche Moment aber jemals eintreten wird, möchten wir bezweifeln. Dadurch aber zeichnet sich der spanische Staatsbankerott von dem türkischen aus, daß der spanische Finanzminister den Gläubigern nicht mehr verspricht, als er halten kann. Durch diesen Vorzug ist die finanzielle Lage Spaniens und der Stand des Ministeriums freilich um kein Haar besser geworden,